

## Neues Konzept für Freiwilligenjahr

Berlin. Jedes Jahr absolvieren rund 80 000 junge Leute in Deutschland einen Freiwilligendienst. Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) findet: Es geht noch mehr – aber weiterhin freiwillig und ohne Zwang. Ihr neues Konzept eines Jugend-Freiwilligenjahres für unter 27-Jährige soll das möglich machen. Es umfasst das Freiwillige Soziale und Freiwillige Ökologische Jahr sowie den Bundesfreiwilligendienst. Am Montag stellte die Ministerin in Berlin die Eckpunkte vor.

Laut Giffey sollen sich junge Leute weniger Gedanken darum machen, ob sie sich den Dienst leisten könnten – sie sollen „wollen dürfen“. Darum plant sie bessere finanzielle Bedingungen. Derzeit haben die Länder unterschiedliche Finanzierungsmodelle. Das neue Konzept soll ein einheitliches „Freiwilligengeld“ für alle unter 27-Jährigen möglich machen. Es fordert, dass der Bund das Taschengeld in allen drei Diensten bis zur Obergrenze von 402 Euro monatlich übernimmt, plus Sozialversicherungsbeiträge. Bisher lag der Deckel bei 250 Euro und das nur im Bundesfreiwilligendienst. Jeder junge Freiwillige soll zudem einen monatlichen ÖPNV-Zuschuss von 25 Euro bekommen.

Damit verbunden ist das langfristige Ziel eines Rechtsanspruches auf die Förderung aller Dienstvereinbarungen für unter 27-Jährige in Deutschland. Das heißt: Keiner soll abgewiesen werden, nur weil Geld fehlt. Sobald jemand einen Platz gefunden hat, hat er ein Recht auf Bundeszuschuss. Hinzu kommt ab 2019 eine bessere pädagogische Förderung etwa in Form von Seminaren. DPA

## Merkel reist zu Bushs Beerdigung

Berlin. Kanzlerin Angela Merkel wird an diesem Mittwoch an der Trauerfeier für den früheren US-Präsidenten George H. W. Bush in der Nationalen Kathedrale in Washington teilnehmen. Das teilte Regierungssprecher Stefan Seibert am Montag in Berlin mit. Die Kanzlerin werde am Dienstag nach Washington fliegen und unmittelbar nach der Trauerfeier wieder nach Berlin zurückkehren. Auf die Frage, ob Gespräche am Rande geplant seien, sagte Seibert, welche Begegnungen sich vor oder bei der Trauerfeier ergeben würden, werde sich zeigen. Ziel der Reise sei es, dem amerikanischen Volk die deutsche Anteilnahme am Tod dieses Präsidenten auszudrücken. Bush, der sich für die deutsche Wiedervereinigung eingesetzt hatte, war am Freitag im Alter von 94 Jahren in seinem Haus in Houston gestorben. Bush senior saß von 1989 bis 1993 als 41. Präsident der USA im Weißen Haus in Washington – in jener Zeit endete der Kalte Krieg. DPA

# Milliardenprogramm für saubere Luft

Bund und Kommunen wollen umweltfreundlicheren Verkehr stärker als bisher fördern

VON THORALF CLEVEN

Berlin. Die Bundesregierung verdoppelt die finanziellen Mittel für den Kampf gegen Luftverschmutzung und Diesel-Fahrverbote in Städten nahezu. Nach einem Treffen mit Bürgermeistern und Ländervertretern am Montag sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass das „Sofortprogramm Saubere Luft“ von bisher einer Milliarde auf 1,5 Milliarden Euro aufgestockt werde. Zusätzlich will Berlin die Hardware-Nachrüstung von Kleinlastern in Städten mit 432 Millionen Euro fördern. Das Programm, das im vergangenen Jahr aufgelegt worden war, läuft bis 2020.

Deutsche Gerichte haben inzwischen Fahrverbote für ältere Diesel in mehreren Städten angeordnet, die im kommenden Jahr umgesetzt werden sollen. In Stuttgart beispielsweise gelten ab 1. Januar Fahrverbote für Euro-4-Dieselfahrzeuge. 2017 hielten von 249 deutschen Städten 65 den Grenzwert von 40

„Für eine mobile Wende müssen die Mittel verstetigt werden.“

Aachens Oberbürgermeister Marcel Philipp

Mikrogramm Stickstoffdioxid pro Kubikmeter Luft nicht ein; 15 Städte liegen sogar bei mehr als 50 Mikrogramm.

Merkel verteidigte den Stickoxid-Grenzwert, den Kritiker in Zweifel ziehen: Die Weltgesundheitsorganisation WHO sei „nicht irgendeine Organisation“. Der Grenzwert sei strenger als etwa der für Arbeitsplätze, weil man davon ausgehen müsse, dass sich „vom Baby bis zum älteren Menschen jedermann im öffentlichen Raum aufhält“, erklärte die Bundeskanzlerin.

Das Aktionsprogramm unterstützt unter anderem die Anschaffung von Elektrofahrzeugen im kommunalen Verkehr, die Einrichtung von Ladesäulen, die Digitalisierung der Verkehrsleitung gegen Staus und Stockungen sowie die Nachrüstung von Diesel-Bussen mit besserer Abgasreinigung beziehungsweise die Anschaffung elektrischer Busse. Für knapp 500 Elektro-Fahrzeuge seien Mittel im Topf, sagte Umweltschutzminister Jochen Flasbarth. Die Umrüstung von Dieselnissen lässt sich nach der Finanzspritze des Bundes nun fast zu 95 Prozent fördern. Noch vor der Sommerpause im kommenden Jahr wollen sich die Beteiligten ein weiteres Mal treffen, um über weitere Schritte zu beraten, kündigte Kanzlerin Merkel an.

## SCHLECHTE LUFT IN STÄDTEN

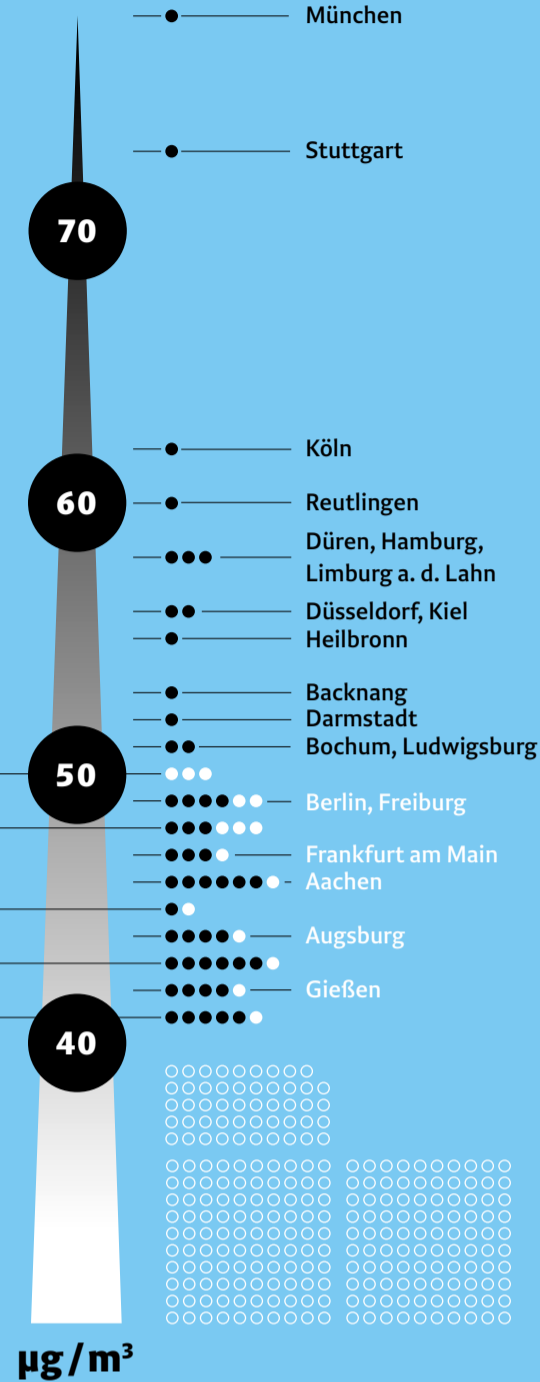
In 65 deutschen Städten gab es Messstationen, an denen im Jahr 2017 der EU-Grenzwert von 40 Mikrogramm Stickstoffdioxid pro Kubikmeter ( $\mu\text{g}/\text{m}^3$ ) Luft im Jahresmittel überschritten wurde.

bis  $50 \mu\text{g}/\text{m}^3$  unter anderem:

Dortmund, Essen, Wiesbaden  
Bonn, Hannover, Mainz  
Mannheim  
Halle (Saale)  
Regensburg

Bremen und 248 weitere Städte blieben unter dem Grenzwert.

QUELLE: DPA/UMWELTBUNDESAMT



Die deutschen Autobauer beteiligen sich an dem Programm finanziell. Bislang sind nach Auskunft von Kanzleramtschef Helge Braun (CDU) Bescheide in Höhe von etwa 600 Millionen Euro genehmigt worden.

Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) kündigte an, dass die Entwicklung von Sets zur Hardware-Nachrüstung der vom Die-

selskandal betroffenen Fahrzeuge beschleunigt werden soll. Die entsprechenden technischen Anforderungen im Genehmigungsverfahren sollen noch bis Ende des Jahres vom Ministerium formuliert sein. „Ab 1. Januar“, so Scheuer, „können die Hersteller dann mit der Entwicklung der Nachrüst-Sätze beginnen.“ Ihm sei versichert worden, dass diese

Phase nicht länger als sechs Monate benötige. Abschließend müsse das Kraftfahrtbundesamt (KBA) die Produkte genehmigen.

Der Stickoxid-Zielwert für Fahrzeuge liegt bei 270 Milligramm pro Kilometer. Software-Updates können Stickoxid-Emissionen maximal bis zu 30 Prozent reduzieren. Das Umweltbundesamt gibt an, dass der Stickoxid-Ausstoß aller deutschen Diesel-Fahrzeuge knapp 33 Prozent höher liegt als bislang offiziell angegeben. Deshalb werden Hardware-Nachrüstungen nötig werden, glauben Experten.

Die Städte machen Druck. „Das erste Quartal 2020, das bislang avisiert war, ist zu spät“, bekräftigte der Vizechef des Deutschen Städtetags, Stuttgarts Oberbürgermeister Fritz Kuhn (Grüne). Aachens Oberbürgermeister Marcel Philipp (CDU), sagte, man könne jetzt gemeinsam „etwas Großes“ in Gang bringen. „Für eine mobile Wende müssen die Mittel jedoch verstetigt werden.“

„Dann wird hauptsächlich der ruhende Verkehr überprüft.“

Fritz Kuhn über die Diesel-Kontrolle

Als Erfolg des Treffens mit Merkel und Scheuer bezeichnete Kuhn, dass die Städte jetzt nicht mehr den Schwarzen Peter vom Bund zugeschoben kriegen, wenn es um saubere Luft ginge. Kuhn forderte mehr Engagement der Autobauer zur Bewältigung der Krise. „Die Umtauschprogramme für Autofahrer müssen besser werden, außerdem fehlen entsprechende Gebrauchtwagen.“

Strittig bleibt, wie die Diesel-Klassifizierungen der in die Städte einfallenden Fahrzeuge kontrolliert werden sollen. Scheuer bietet eine großzügige Unterstützung einer mobilen Kennzeichenerfassung mit „extrem strengen Löschvorschriften“ an. Die „Blaue Plakette“, die Stuttgarts Oberbürgermeister favorisiert, lehnt Scheuer dagegen ab. „Sie bedeutet flächendeckende Fahrverbote für viele Fahrzeuge.“

Da nicht damit zu rechnen ist, dass in einem Monat Kontrollgeräte zur Verfügung stehen werden, prognostiziert Fritz Kuhn Kontrollen in Stuttgart nach folgender Methode: Die Polizei werde den fließenden Verkehr überwachen, es aus Kapazitätsgründen aber nur schaffen, sporadisch auf Plaketten zu achten. „Dann wird hauptsächlich der ruhende Verkehr überprüft.“ Dann steht der verbotene Diesel jedoch schon in der Stadt.

## LESERMEINUNG

Zum Artikel „Lichterglanz in der Innenstadt“ vom 27. November:

### Krippe ist das Highlight

Viel wichtiger als den Weihnachtsmann auf dem Weihnachtsmarkt finde ich die Krippe, die dort neben dem Dom beim Bismarck-Denkmal steht, denn sie soll den Besuchern des Marktes den Anlass des Weihnachtsfestes vor Augen führen: die Geburt des Heilands Jesus Christus, der Tür zum Himmelreich, wie es in der Bibel heißt. Gerade weil Konsum und Kommerz und Weihnachtsmann den Ursprung von Weihnachten, wie ihn die Bibel schildert, zunehmend in den Hintergrund drängen und immer mehr Menschen nicht wissen, warum Weihnachten eigentlich gefeiert wird, ist es so wichtig, dass die Krippe dort steht. Sie ist für mich das Highlight des Weihnachtsmarktes, und ich danke allen herzlich, die deren Aufstellung bewerkstelligt haben. JOACHIM FISCHER, BREMEN

Zum Thema „Debatte um den Mindestlohn“:

### Unglaubliche Forderung

Es ist zum Haareraufen! Gibt es wirklich ernsthafte Zweifel an der Notwendigkeit eines höheren Mindestlohnes? Arbeitende Menschen, die Mindestlohn beziehen und nur davon leben müssen, müssen allein mit maximal 1120 Euro netto (bei 1520 Euro brutto) klar kommen – wenn sie Glück und einen Vollzeit-Job haben. Immerhin ist das knapp unter der Pfändungsgrenze. Verschuldeten Einzelmenschen wird als mehr für einen Mindest-Lebensunterhalt zugestanden. Bei teurer Miete und Heizkosten kommen Hartz-IV-Bezieher da schon fast dran. Wer nur in Teilzeit arbeiten kann, Kinder hat oder einen Partner mitversorgen muss, kann damit gar nicht auskommen und ist auf staatliche Unterstützung angewiesen. Wer dann nach 40 Jahren Vollzeit in Rente geht, erhält maximal 730 Euro – abzüglich rund 55 Euro Krankenversicherungsbeitrags-Anteil – ist also abhängig von staatlicher Unterstützung.

Ist das menschenwürdig, wenn ich mein ganzes Leben lang arbeite? Und sollen die

Steuerzahler wirklich dauerhaft die in der Regel gutverdienenden Unternehmer durch die staatliche Unterstützung der unterbezahlten Beschäftigten subventionieren? Diese Forderung ist unglücklich! Sie zeugt entweder von Unwissenheit, Dummheit oder Überheblichkeit. Dass Bürgermeister Sieling sich für eine Erhöhung des Landesmindestlohnes auf zwölf Euro und mehr einsetzt, ist gut und notwendig. Vielen Dank dafür!

Der Einwand, dass die Landesmindestlohn-Erhöpfung nur wenigen helfen würde, ist dreist, solange sich diejenigen nicht für eine bundesweite deutliche Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes einsetzen. Die beschlossenen Bundes-Mindestlohn-Erhöhlungen auf 9,19 Euro oder 9,35 Euro reichen für ein angemessenes Leben ohne staatliche Unterstützung bei weitem nicht aus. Danke daher auch für den informativen Kommentar von Jürgen Theiner! HAJO KUCKERO, BREMEN

### Der richtige Weg

Eine gute Würdigung des Mindestlohnes. Als im Jahre 2006 die gewerkschaftliche Kampa-

gnie für einen gesetzlichen Mindestlohn begann, war das auch eine Reaktion auf den schon damals rapide wachsenden Niedriglohnsektor. Immer mehr Arbeitnehmer hatten zwar Arbeit, aber der Lohn reichte nicht zum Leben. Die EU verstand sich als wirtschaftliche „Freihandelszone“, in der sich der europäische Arbeitsmarkt schon irgendwie sozial zurechtfinden würde. Dazu kam noch Hartz IV. Der Druck auf die Tarifverträge, insbesondere im Niedriglohnsektor, nahm enorm zu. Der Staat hatte seinen Anspruch, mit dafür zu sorgen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht über den Lohn ausgetragen wird, aufgegeben. Besonders im Dienstleistungsbereich nahm die Tarifbindung rapide ab, die Allgemeinverbindlichkeit war immer schlechter durchsetzbar und die Gewerkschaften nicht in der Lage, in den oft schlecht organisierten Bereichen tarifvertraglich dagegenzuhalten. Eine Antwort war der Mindestlohn, für den übrigens auch in großen DGB-Gewerkschaften anfangs noch geworben werden musste.

Der Mindestlohn hat das Problem „Arbeit, ohne davon leben zu können“, leider nicht be-

seitigt, aber er hat es entschärft. Leider ist er gesellschaftlich noch nicht so tief verankert, dass jeder Bürger, der eine Dienstleistung kauft, ohne Murren akzeptiert, dass der dahinterstehende Lohn dem Mindestlohn entspricht. Man denke an Restaurants und den Weihnachtsmarkt.

Es bleibt das Verdienst der SPD, den Mindestlohn gesetzlich verankert zu haben. Wenn die Bremer SPD mit der Heraussetzung auch nicht alle Armutsprobleme lösen kann, ist es trotzdem der Weg in die richtige Richtung. Insofern ist die Bremer Initiative auch ein Beitrag die gesellschaftliche Spaltung zu breiten. JAN KAHMANN, BREMEN

Zum Artikel „Eine Bestandsaufnahme - Schimmbäder“ vom 27. November:

### Unibad sanieren

Der Leserschaft werden Aussagen von Martina Baden, Geschäftsführerin der Bremer Bäder Gesellschaft, präsentiert, wie „kein Bad – das Westbad ausgenommen – sei in einem sichtlich mitgenommenen Zustand oder von Ausfall bedroht“, also auch das Unibad nicht. „Unsere Bäder sind in Schuss“ und „viele Kunden schätzten den lebenswürdigen Charme von alten Schwimmbädern“. Aha, wie schön.

Warum wird denn nicht Rechnung getragen und endlich – bevor es zu spät ist – die kostengünstige Lösung gewählt, nämlich das Unibad saniert und es dadurch im Horner Bad möglich gemacht, die alte bewährte Ausdehnung wiederherzustellen? Die gegenüber dem Neubau eingesparten mehr als zehn Millionen Euro könnten zur Erhaltung des Westbades eingesetzt werden.

CLAUDIA GEBLER, BÜRGERINITIATIVE PRO UNIBAD, BREMEN

Zum Artikel „Politik fordert stabile Müllgebühren“ vom 13. November:

### Garantiert teurer

Wenn Politiker mir erklären, was ich künftig zu tun und vor allem zu lassen habe, damit das Leben schöner wird, wird es eines auf alle



Die Krippe an der Nordseite des Doms ist für Joachim Fischer der Höhepunkt des Weihnachtsmarktes, weil sie daran erinnert, warum das Fest gefeiert wird. FOTO: CHRISTIAN PLATZ

Fälle: Teuer! Ich erinnere mich an das Versprechen von Herrn Trittin, die Energiewende würde jeden höchstens „eine Kugel Eis“ kosten. Auf meiner Stromrechnung ist daraus eine ganze Eisbombe geworden.

Andreas Bovenschulte von der Weyher SPD hat daraus nichts gelernt und verkündet, die Müllabfuhr unter Staatsregie würde jeden Haushalt höchstens 50 Cent im Monat mehr kosten. Zumindest für gut bezahlte Staatsgläubige und -bedienstete sind das Peanuts, wenn er auch damit Bürgermeister Sieling im Regen stehen lässt, der das Gegenteil versprochen hatte. Macht aber nix, weil Herr Bovenschulte den eh bald ablösen will, nachdem er im Weyher Dorf Bürgermeister geübt hat und sich die Bürger schon mal drauf einstellen können, wer und was da auf sie zukommt.

Jetzt erst einmal die Rechnung fürs Klinikum Mitte, dessen Bau unter Staatsregie gut 150 Millionen Euro mehr kosten und vier Jahre später fertig wird als das schlüsselfertige Angebot eines privaten Baukonsortiums, seinerzeit bis ins Detail mit Gesundheits- und Finanzsenatorin abgestimmt. Aber dann kam die SPD mit Herrn Bovenschulte und verfügte „Kommunalisierung“. Der verdanke ich auch, dass sich meine Küchenabfälle fortan zur geförderten Verstromung Richtung Osnabrück auf den Weg machen. Wieder von mir bezahlt unter dem Posten „Erneuerbare Energien“ auf meiner Stromrechnung.

Aber da kommt es auf ein paar Kugeln Eis mehr nicht an. Zahle ich doch gerne für die schöne, neue Welt, und Verdi freut sich, dass es einen weiteren Bereich gibt, in dem die Gewerkschaft das tun kann, was sie am besten kann: Mit Streiks drohen.

JÜRGEN WOLFGANG KOCH, BREMEN

### REDAKTION LESERMEINUNG

Anschrift: Bremer Tageszeitungen AG  
Lesermeinung • 28189 Bremen  
Mail: [lesermeinung@weser-kurier.de](mailto:lesermeinung@weser-kurier.de)

Leserbriefe sind keine Meinungsäußerung der Redaktion. Die Redaktion behält sich Auswahl und Kürzungen vor. Anonyme Briefe werden nicht veröffentlicht. Postadresse und Telefonnummer nicht vergessen, auch bei E-Mails.